

Die „Freiheit“ erscheint täglich einmal als Morgenausgabe und Montag als Abendausgabe mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt“, „Frauen-Welt“ und „Der Jugend-Genosse“.

Die beigesteuerte Konzeptionsstelle über deren Raum kostet 18,- M., einschließlich Inserentensteuer. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2.50 M., jedes weitere Wort 1.75 M., einschließlich Inserentensteuer.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Aufmarsch der Berliner Arbeiterschaft

Nieder mit der Mordreaktion — Es lebe die Republik!

Rathenau

Von Paul Levi

Es geht der Mordmord um im deutschen Land. Mann um Mann fällt, Leiche um Leiche legen sie auf die Bahre. Wir sahen sie fallen — reihenweise. Wie lang, wie lang ist der Weg, seit die ersten Toten fielen in dieser Revolution, der kleine Junge, der an der Matkäfertafel saß, die Toten in der Chauffeestrasse, die Toten, die die Weihnacht 1918 sah, die Toten des blutigen Januar, die schamlos ermordeten Parlamentarier, Liebknecht, Rosa Luxemburg, die toten Matrosen... Welch düsterer Zug von toten, klagenden, anklagenden Gestalten. Und dann fiel Erzberger. Und dann fällt Rathenau. Und das Proletariat, das so lange gleichgültig gesehen, wie seine Besten fielen, das manchmal es selbst still begrüßt, als seine Teuersten ermordet worden: es stieg in der Kraft und der Wucht seiner Kraftentfaltung, je mehr die Schläge nach rechts fielen. Als sie Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg zum Grabe trugen, waren es ein paar Zehntausende, die in Berlin trauernd das Geleit gaben. Als Erzbergers letzte Fahrt gekommen war, standen in Deutschland hunderttausende, das Haupt gesenkt und doch den Arm gestrafft. Wer zweifelt, daß es Millionen sein werden, die aus dem Tode Rathenaus, des Bürgerlichen, des Millionärs, des Leiters des größten kapitalistischen Konzerns, die Kraft und den Willen gewinnen werden, aufzustehen gegen die Gewalten von gestern und ehedem?

Wir sind uns wohl bewußt, welch ein Widerspruch das ist. Als Proletarier fielen, standen Proletarier gleichgültig. Wenn Bürgerliche fallen, erhebt sich das Proletariat. Wir erkennen den logischen Widerspruch und erkennen in ihm die Realität. Denn die deutsche Revolution von 1918 ist gekennzeichnet durch die Worte Krapotkins, mit denen er den 31. Mai 1793 charakterisiert:

„In Zukunft wird keine Revolution mehr möglich sein, wenn sie nicht schließlich zu ihrem 31. Mai führt. Entweder hat künftig die Revolution ihren Tag, wo die Proletarier sich von der revolutionierenden Bourgeoisie trennen, um dahin zu marschieren, wohin die Bürger ihnen nicht folgen können, ohne anzuhören Bourgeoisie zu sein, oder die Trennung findet nicht statt und dann kommt es überhaupt zu keiner Revolution.“

In diesen Worten ist das Schicksal der deutschen Revolution beschrieben. Denn das, was unser dauerndes Bemühen war, den großen Erhebungen der Zeit von 1917 den proletarischen Charakter, die der Bourgeoisie entgegengesetzte Richtung zu geben, das ist nicht eingetreten. Große und weite Kreise der proletarischen Klasse haben unseren Weg mit uns gesehen: die proletarische Klasse hat entweder den Weg nicht gesehen oder sie haben ihn gesehen. Wir bemühen uns, diese Dinge geschichtlich zu sehen und ohne jetzt Vorwürfe an sie zu knüpfen, aber die Tatsache bleibt: die Revolution ist im Rahmen der Bourgeoisie geblieben, das deutsche Proletariat als Klasse, seiner selbst nicht bewußt, ist, wie in so vielen Revolutionen der Vergangenheit, Kämpfer und Träger der Revolution gewesen, aber nicht ihr Erfüller geworden. Und so fallen heute, als sichtbare Zeugen der Revolution, auch die Vertreter der Bourgeoisie, die durch die Kraft des Proletariats an die Oberfläche getragen wurden. Erzberger und Rathenau sind nicht von ihrer Klasse, aber im Innersten fühlt das Proletariat: das, wofür die Erzberger und Rathenau fielen, sind die Früchte einer freilich unvollkommenen, aber ersten, starken und erdursprünglichen Erhebung des deutschen Proletariats, des großen Aufstandes von 1918. Erzberger und Rathenau sind nicht von ihrer Klasse, aber die deutschen Proletarier erkennen: deren Feind ist auch ihr Feind; das Blut, das Erzberger und Rathenau trug, galt nicht denen, die auf der Höhe standen, sondern den Kräften, die sie auf die Höhe hoben. Das Blut galt dem deutschen Proletariat.

Und dann stehen die deutschen Proletarier an der Bahre: auch wieder Walter Rathenaus. Und immer nur schwebt die Frage auf aller Lippen: wie lange noch

Das Berliner Proletariat hat gestern die erste spontane Antwort auf die grausige Mordtat an Rathenau gegeben. Die Hunderttausende von Arbeitern und Angestellten, die trotz mangelhafter Bekanntheit der Demonstration gekommen waren, zeigten, wie sehr sich die Arbeiterschaft klar ist über die politische Bedeutung dieses Mordes. Rathenau war ein bürgerlicher Demokrat, kein Sozialist — aber alle fühlten, ganz gleich welcher Partei sie angehörten: dieser Mord an den bürgerlichen Rathenau galt nicht der Person des Ministers, sondern galt der Republik und letzten Endes der gesamten Arbeiterklasse. Dieses alles beherrschende Gefühl kam immer wieder zum Durchbruch, wenn Schreie auf die Republik, auf den endlichen Sieg der Arbeiterschaft erklangen und noch mehr, wenn es hieß: Nieder mit der Mordreaktion. Wie ein Orkan trug der Wind diese Rufe über das Menschenmeer und Gewoge, tausendfältiges Echo weckend.

Und doch war so etwas wie ein Nistorn in der ganzen Bewegung. Oberflächliche Beobachter möchten meinen, es sei der Ausdruck der Demonstrationsmüdigkeit oder seelischer Erschütterung über diese schreckliche Bluttat der deutschnationalen Mordclique. So sehr besonders die letzte Regung sich auf den Gesichtern der Demonstranten zeichnete — es war dennoch nicht der einzige Grund jenes Nistorns. Was für Gründe aber sollten es sein? Eine einzige ergreifende Szene mag das sagen: Am Hauptportal des Domes hatte unser Genosse Rosenfeld in sehr eindrucksvoller Rede die Notwendigkeit der proletarischen Einigung nachgewiesen. Als der brausende Beifall auf den großen Platz verhallte, drängte sich einer der üblichen KAP-Deputierten hervor, hub an zu reden — aber er kam nur zu einigen Worten. „Schluß mit den gegenseitigen Verheugungen“, „Wir wollen die Einigung“, „Kein Herunterreißen mehr“ — so scholl es ihm entgegen; er mußte abtreten. Und als Genosse Rosenfeld noch einmal aufforderte, fest zusammen zu stehen, das Vergangene zurückzustellen und nicht wieder alles aufs Spiel zu setzen — da brach aus der Menge heraus erneute stürmische und begeisterte Zustimmung. Einer rief: „Wir gehen zugrunde, wenn wir uns nicht verstehen“, „Wir wollen uns einigen“ und alle die Tausende um ihn stimmten ein in das weit dahin schallende Hoch auf die einigende Arbeiterklasse! — Verstehen wir jetzt die etwas nüchternen und gedrückten Stimmung der Zehntausende Demonstranten? Es ist das Gefühl der Zerrissenheit, das nur zur Ohnmacht verdammt, es ist die mächtig dümmende Erkenntnis, daß geteilte Kraft halbe Kraft ist, daß es so nicht weiter geht, sollen wir nicht dem deutschen Faschismus erliegen. Dieses gesunde Klassenempfinden gab der gestrigen Demonstration ihr Gepräge und sie hat damit der Arbeiterklasse hoffentlich mehr gedient, als alle bisherigen feierlichen Kundgebungen, die trotz ihrer schwungvollen Begeisterung wieder verließen: Als wär' es nie gewesen...

Lassen wir uns das eine Mahnung sein: Als die Domglocken in dumpfem Getöse wie Grabesglocken immer noch die alte Zeit verkündeten, da standen auf dem großen Platz vor dem Dome Zehntausende von Arbeitern und Angestellten, mit verhärmten Gesichtern und schwieligen Fäusten herbeigeeilt zur Rettung der

Republik, und lauschten andächtig ihren Rednern. Und je lauter die Glocken erklangen, um so brausender hallte der Platz von den Rufen auf die Einigung und den Sozialismus wieder. Im Dome die alte Zeit, vor ihr die neue Zeit, deren Träger die Arbeiterklasse. Im Ziele einig, wie lange noch uneinig über den Weg? —

Der Aufmarsch der Demonstrationen

Am Sonnabendabend erst wurde die Demonstration von den Arbeiterparteien beschlossen, so daß nur die sozialistischen Morgenzeitungen die Ankündigung bringen konnten. Trotzdem aber waren Zehntausende gekommen. — Kurz nach 10 Uhr kamen die ersten Ränge. Bald vermehrte sich ihre Zahl und um 11 Uhr war bereits der große Lustgartenplatz von Menschen überfüllt. Die letzten Ränge mußten in der Nebenstraße am Schloß und am Zeughausufer Aufstellung nehmen. Dort standen die Arbeiterlänger, deren Gesang über das Wasser hinweg den ganzen Platz erfüllte. — Die Märsche marschierten unter roten und republikanischen Fahnen mit Gesang und abwechselnden Schreien auf die Republik und die proletarische Sache: Eine einzige Kampfanlage an die mordende und lehende Konterrevolution.

Kurz nach 11 Uhr begannen die Redner. Es sprachen etwa 20 Redner aller sozialistischen Parteien, der Gewerkschaften und von den republikanischen Vereinigungen. Von unseren Rednern sprachen der Genosse Rosenfeld, die Genossen Wurm, die Genossen Kubeil, Hillmer, Adolf Hoffmann und Kunkler.

Besonders nachhaltig wirkte die

Rede des Genossen Rosenfeld,

der etwa folgendes ausführte: Wieder ist ein Mord von rechts verübt worden. Eine lange Kette solcher abscheulicher Mordtaten haben wir an uns vorüberziehen lassen. Als Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht der Nordseite im nationalen Gewande erlagen, haben wir uns ebenfalls mit Demonstrationen beanlagt. Ach, wie oft haben wir hier auf diesem Platze schon Kundgebungen gegen die Reaktion gesehen, wie oft schon protestiert. Aber jetzt muß endlich Schluß mit diesem Kurprotestieren

sein. Den Reaktionen ist von der revolutionären Arbeiterklasse kein Haar gekrümmt worden. Wir waren gegen unsere Feinde viel zu tolerant. Aber jetzt ist unsere Geduld am Ende.

Es muß gründlich ausgeräuchert werden: die Massen gehören in die Hand der republikanischen Bevölkerung. (Stürmische Zustimmung.)

Der Reichsanwalt Dr. Wirth hat gestern im Reichstage eine scharfe Rede gegen rechts gehalten. Aber hat er das nicht ebenfalls beim Grabesmord getan? Und was ist geschehen? Es wurde weiter gemordet! — Genosse Rosenfeld redet dann auf die Verordnung der Reichsregierung ein, bezeichnet sie als äußerst mangelhaft und abendrein zweideutig, und fährt dann fort: Wir dürfen uns nicht nur auf parlamentarischen Mitteln beschränken, sondern das ganze Gewicht der außerparlamentarischen Macht der Arbeiterklasse muß in die Waagschale geworfen werden. (Lebhafte Beifall.) Die ganze Sympathie der monarchistischen Offiziere mit ihren bösen Hindenburg und Ludendorff, muß aus dem politischen Leben verschwinden und ihres Rechtes entbunden werden, um sie durch zuverlässige Republikaner zu ersetzen. (Die Masse ruft: Nieder mit den Massenmördern.)

Rosenfeld geht dann zum Schluß auf die Notwendigkeit der Einheitsfront aller Arbeiter und Angestellten ein und beschließt seine Rede mit den Worten: Wir sind uns im Ziele einig, wir müssen es aber auch endlich werden in bezug auf den Weg, der zum Ziele führt. (Stürmische Zustimmung und Rufe: „Wir wollen die

an Bahnen stehen? Wie lange noch trauern und klagen? Wir meinen: Opfer fallen in Revolutionen ohne Zahl, aber sie fallen nicht ohne Nutzen. Wie der Blitz die Nacht erhellt, so werfen diese Blitze Lichter auf das, was kommende Dinge des Proletariats sind. In allen Opfern, in allen Toten erkennt das Proletariat seine Schwächen und Fehler und die Größe seiner Aufgabe. Wer sieht nicht heute, was die Revolution von 1918 veräußert? Wer erkennt schauernd nicht, wieviel die proletarische Klasse 1918 zu tun hatte und zu tun vergaß? Daß in der Geschichte etwas so war: dafür gibt es Notwendigkeiten. Daß etwas so bleiben sollte: dafür gibt es keine Notwendigkeit und keine Entschuldigung.

Um die Leichen derer, die nicht aus seiner Klasse stammend, aber doch, unbewußt, für seine Sache ge-

storben sind, muß das deutsche Proletariat sich sammeln, und das Werk, das, 1918 begann, fortführen zu dem Ende, das der geschichtlichen Aufgabe der proletarischen Klasse würdig ist. Einig und geschlossen und seiner selbst bewußt: so muß das Proletariat aus den schweren Stürmen hervorgehen, die die Zeit ihm bringt.

Eine proletarische Klasse, die mit dem Bürgertum bricht, auf sich, auf ihre Kraft, auf ihre Zukunft und ihre Aufgabe schaut: sie sichert die Freiheit, sie sichert die Republik, sie sichert eine Demokratie, die wirkliche Demokratie ist, die dem Menschen Menschenantzig gibt und Bestien den Bestien überläßt. Hat so die proletarische Klasse sich gefunden: dann beginnt die Revolution, die 1918 vergessen ward.

Stimmung.) Selten wir wenigstens einig in der Verteidigung der Republik. Hier muß es heißen hinsichtlich des Trennenden und der Vergangenheit: Sch wamm drüber!

Unter brauendem Weisfall schließt Genosse Rosenfeld mit dem Rufe: Es lebe die Republik!

Die Kundgebung an der Schloßballustrade, wo die Genossen zum Vortrag, nahm einen ähnlichen Verlauf. An der Schloßrampe (Hoffebändiger) sprach

Genosse Künstler:

Nach dem missglückten Attentat auf Scheidemann ist gestern der Reichsminister Rathenau von nationalitätlichen Mordbuben niedergestreckt worden.

Nur ein Glied in der endlosen Kette der politischen Morde in dem Deutschland der Nachrevolutionzeit.

Die Attentate auf führende Männer der Republik und Vertrauensmänner der Klassenbewussten Arbeiterklasse sollte nicht nur die Personen, sondern die Arbeiterklasse als die energischsten Verteidiger der republikanischen Staatsform treffen.

Gelehrter Reichstagsrede am Freitag war gleichsam der Auftakt zu einer neuen nationalitätlich-monarchistischen Umwälzungsbewegung.

Die Warnungen, welche die „Freiheit“ schon vor langer Zeit erteilte, fanden nicht die genügende Beachtung der maßgebenden Regierungskreise. (Lebhaftes Sehr richtig!)

Nach diesem Mord an Rathenau hat die Arbeiterklasse die Pflicht dafür zu sorgen, daß endlich all die vielen Bestimmungen nicht nur auf dem Papier stehen, sondern durchgeführt werden! (Stürmischer Beifall!)

Proletarier, Genossen, Volksgenossen, Bürger, Republikaner! bekennt

Adolph Hoffmann

von der Mitte der Museumstreppe.

„Blut ist ein Saft
Von ganz besonderer Kraft!“

Was dieses Goethe-Wort endlich für die Arbeiter Geltung bekommen und sie so fest zusammenkittet, das ist jeder Koalition als festes Ganges nicht nur widerstehen, sondern mit Stumpf und Stiel beistimmen.

Redner schildert, wie Verbrechen auf Verbrechen, Mord auf Mord der monarchistischen Banditen gefolgt sind, in denen die Bluttat gegen Rathenau nur vorläufig das letzte Glied ist.

Hoffmann führt, von stürmischem Beifall begleitet, aus, wie den monarchistischen Gefellen nur das Handwerk gelegt werden kann, wenn das geschlossene Proletariat seinen einzigen, geschlossenen Willen gegenüber stellt.

Das kann aber nur Erfolg haben, wenn die Regierung endlich mehr tut als schöne Reden hält und Verordnungen erläßt, sondern fest zupackt und alle monarchistischen Verschwörerneste einmal gründlich andrückt. (Großer Beifall.)

Genosse Kubell forderte von der Granitschale ebenfalls von der Regierung schärfere Maßnahmen als bisher gegen rechts. Wir leben fortan als die Morddiäten als Folge der Verbrechen, die die reaktionären Mordzentralen an ihre Organisationen ausgeben. Am gestrigen Vormittag ist ihnen in die Suppe gespuht worden, denn am heutigen Sonntag sollte der große Streik gegen die Republik und die Arbeiterklasse geführt werden (Wutruf!) Wir alle haben die Pflicht, Vorbereitungen zu treffen, um die Anschläge und Morde abzuwenden, die in Vorbereitung begriffen sind. Und Kubell schloß mit den Worten: Nieder mit den Monarchisten! Nieder mit den Mordzentralen! Es lebe die Republik!

Derselben Verlauf fand die Kundgebung am Denkmal in der Plakmitze, wo unter Genosse Landtagsabgeordneter Müller sprach.

Von den Rednern anderer Parteien sei besonders noch Janas Brodel von der „Liga für Menschenrechte“ erwähnt, dessen scharfe und markante Ausführungen in den Herzen seiner Zuhörer lebhaftes Echo weckten.

Der Kommunist Gendemann sprach am Nationaldenkmal vor dem Schloß unter einer großen schwarzen roten-goldenen Fahne, während die sozialdemokratische Rednerin Frau Juchars, von der Schloßballustrade aus unter einem großen Projektbanner sprach.

Der Abmarsch

Nur vor 12 Uhr war die Kundgebung beendet. In völliger Ruhe vollzog sich der Abmarsch, der unter dem Geleit der Arbeiterlänger vor sich ging. Bald war der große Platz, der eben noch von den Beifallsfundebungen der Hunderttausende widerhallte, geräumt. Nur hier und da sah man diskutierende Gruppen stehen. Einige der üblichen Wald- und Wiesenedner versuchten noch ihr kausales Ge- rede an den Mann zu bringen.

Die Sicherheitspolizei,

die hart aufgebaut war, besichtigte sich einer maßvollen Zurückhaltung, weshalb sie auch nirgends Gelegenheit zum Einmarsch hatte.

Sonne noch hüllten die Straßen wieder von den Schritten und Gesängen der Demonstranten.

Die Mörder Rathenaus

Ueber die Mörder Rathenaus sind von der Berliner Kriminalpolizei umfangreiche Untersuchungen und Fahndungen angestrengt worden. Dabei hat sich folgendes herausgestellt: Rathenaus Mörder sind zwei junge Männer. Sie sind etwa 24 bis 26 Jahre alt, der eine 1,65 bis 1,68 groß, schlank und muskeltüchtig; er hat dunkles, braunes, ins Schwarze schimmerndes, volles Haar, Mitte geschneitelt, an Seiten und Hinterkopf halblang, vorspringende Adlernase, starke über der Nasenwurzel fast zusammenwachsende Augenbrauen, einen kleinen, dunklen, gestuften Schnurbart und ein blaßes ovales, hageres Gesicht mit stark angedickten Wadenknochen. Der zweite ist ebenfalls schlank, aber kleiner. Er hat blonde Augenbrauen, feinen Bart, blaue Augen und eine zierliche Nase, so daß das Gesicht fast mädchenhaft aussieht. Unten auf der linken Wange hat er nicht weit vom Mundwinkel eine deutlich sichtbare Narbe, anscheinend eine Schußwunde. Seine Hände sind schlank und zierlich. — Der Jense hat den Wagen dreimal gesehen; das erste Mal in der Bismarckallee, dann beim Einholen des Ministerwagens, als geschossen wurde, das dritte Mal als es in der Richtung nach Schloßgartenstraße das Weite suchte. Es handelt sich um einen großen sechsradigen Wagen von dunkelblauer Farbe.

Am Sonntag wurden bereits zehn Personen festgenommen, die unter dem Verdacht stehen, der in dem Allinger-Prozess vielgenannten Organisation C anzugehören. Sie wurden aus ihren Wohnungen nach dem Polizeipräsidium gebracht und einvernommen in Gewahrsam gehalten. Ihr Aufenthalt zurzeit des Anschlags und ihre Tätigkeit wird genau nachgeprüft. Hauptgegenstand der Verhandlung ist immer und überall das Auto der Mörder mit ihren Insassen. Nach ihm und seiner Herkunft wird nicht nur

von Streifmannschaften im Grunewald und seiner Umgebung bei Autobesitzern, Chauffeuren und Garagehaltern gründlich geforscht, sondern die Polizei hat auch eine Reihe von Beamten in Städte entsandt, aus denen Meldungen eingelaufen sind, um sofort alle Spuren aufzunehmen und zu verfolgen.

Wichtige Festnahmen

In München ist einer Pressemeldung zufolge der beschuldigte monarchistische Hezer Oberst v. Eylander in Verbindung mit der Ermordung Rathenaus verhaftet worden.

In Dresden wurde der Rappistengeneral Maerker auf Weisung der sächsischen Regierung wegen Verdachts der Begünstigung monarchistischer Umtriebe verhaftet, aber nach mehrwöchiger Vernehmung durch den Staatsanwalt Dr. Gläntzer wieder auf freiem Fuß gesetzt.

Auch außerhalb Berlins wurde eine wichtige Festnahme vorgenommen. Im Laufe des Tages sind weiter überraschende Ergebnisse der Untersuchung zu erwarten.

An die arbeitende Bevölkerung Berlins!

In Ausführung des Beschlusses des Leipziger Gewerkschaftskongresses und des Afa-Bundes rufen wir zum Proteststreik auf gegen die sich durch die Ermordung Rathenaus erneut zeigende stets wachsende Gefahr des streichen Vordringens der Monarchisten, die die Republik beseitigen wollen.

Der Demonstrationstreik beginnt in Groß-Berlin Dienstag, den 27. Juni, mittags 12 Uhr, und endet Mittwoch bei Arbeitsbeginn. Die Schichtarbeiter haben sich um 11½ Uhr in ihren Betrieben einzufinden.

Alle weiteren Anweisungen über den Ort und die Organisation der Demonstration, sowie über die Ausföhrung von Notstandsarbeiten erfolgt in der Morgenausgabe der Arbeiterpresse am Dienstag.

Die Gewerkschaftskommission f. Berlin und Umgegend.

Siegle.

Afa-Bund, Distrikt Berlin.

Platan, Rothe.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg.

H. Fischer.

Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg.

S. Müller.

Kommunistische Partei Deutschlands.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg.

Hans Pfeifer.

Anruf des Afa-Bundes

Der Vorstand des Allgemeinen Freien Angestelltenbundes richtet folgenden Anruf an seine Mitglieder:

Das unverantwortliche Treiben der antirepublikanischen Reaktion hat sich bis zur Unersättlichkeit gesteigert. Der ruchlose Mord an Walter Rathenau ist das Flammenzeichen, in welchem unmittelbare Nähe die Gefahr für den weiteren Bestand der Republik gerückt ist. Die Anschläge gegen die Republik sind aber nicht zuletzt gegen ihre eigentlichen Träger, die Angestellten, Beamten und Arbeiter gerichtet.

Deshalb erklären wir namens aller gewerkschaftlich organisierten und freiheitlich denkenden Angestellten und in solidarischer Uebereinstimmung mit der feierlichen Kundgebung des ersten Gewerkschaftskongresses:

Bis hierher und nicht weiter!

Das drohende Verhängnis wird nur abgewehrt werden können, wenn die Reichsregierung sich nunmehr aufrafft, Verwaltung, Justiz, Reichswehr und Polizei rücksichtslos von allen völkfeindlichen Elementen zu säubern.

Die Aufforderung des Leipziger Gewerkschaftskongresses an die gesamte Arbeiterklasse, ihren Willen zur Verteidigung der Republik und ihrer Einrichtungen am

Dienstag, den 27. Juni, nachmittags durch Arbeitseinstellung und öffentliche Demonstrationen zu bekunden, gilt auch für die Mitgliedschaften der Afa-Verbände.

Die Distrikte unseres Afa-Bundes haben sich über die Durchführung der Demonstration sofort mit den Distriktschiffen des Afa-Bundes zu verständigen. Für die Vorföhrung des Kampfes werden wir gemeinsam mit dem Vorstand des Afa-Bundes, alle erforderlichen Weisungen erteilen zu lassen.

Kollegen und Kolleginnen! Im März 1920 ist die Reaktion am geschlossenen Widerstand des werktätigen Volkes gescheitert. Halte Euch bereit, auch in dieser Stunde der Entscheidung das Letzte für die Verteidigung Eurer Grundrechte einzusetzen, und der Sieg wird unser sein!

Allgemeiner Freier Angestelltenbund.

Der Vorstand: Kuffhäuser, Urban, Stehr.

Vorbereitungen gemeinsamen Vorgehens

Vertreter der Verbände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Afa-Bundes, der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Kommunistischen Partei Deutschlands trafen Sonntag nachmittags zu einer Besprechung zusammen, in der die politische Lage und die zu ergreifenden Maßnahmen, insbesondere die Verordnung des Reichspräsidenten und das zu erlassende Gesetz zum Schutz der Republik erörtert wurden. Eine Abordnung begab sich zur Reichsregierung, um dieser zunächst einige der dringlichsten Forderungen bezüglich der Verordnung des Reichspräsidenten zu unterbreiten. Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen.

Die Beiföhung Rathenaus

Das Reichskabinett hat beschlossen, daß die Beerdigung des ermordeten Ministers Rathenau auf Reichskosten erfolgen soll. Die Leiche des Ministers, die am Sonntag nach der Obduktion vom Schauhaus nach der Wohnung in der Königsallee zurückgebracht worden war, wird am Montag abend nach dem Reichstag übergeführt und dort auf-

gebahrt werden. Am Dienstag nachmittags findet die Beiföhung statt, an der sich Reichsregierung und Reichstag beteiligen werden. Die Reichswehr bildet die Pailier (!!) Die Leiche Rathenaus wird nach dem Erdbearbeitung der Familie in Oberkönigsweide abbracht werden. Zur gleichen Stunde demonstriert die Arbeiterklasse.

Nationalitätliche Kundgebung im Berliner Stadion

An eine Rede des Staatssekretärs Dewald, die er gestern im Stadion vor den Teilnehmern an den von und schon als nationalitätlich gekennzeichneten „Deutschen Kampfsportspielen“ hielt, schloß sich eine wüste nationalitätliche Demonstration. Der deutschnationale Tribünenmob, wohl noch voller Begeisterung über den Mord an Rathenau, stimmte das Lied „Deutschland, Deutschland über alles“ an. Alle Zuschauer mußten sich von den Plätzen erheben. Einzelteilnehmer und geschlossene Sportvereine verließen hierauf demonstriativ den Versammlungsort, was ihnen wüste Beschimpfungen durch den schwarz-weiß-roten Pöbel einbrachte. Die republikanisch gestimmten Sportler ließen sich von ihrem Vorhaben jedoch nicht abhalten, sondern räumten das Stadion mit der einzig richtigen Bemerkung, daß sie mit deutschnationalen Verbänden nichts zu tun haben wollen. — Einige Athletik-Sportvereine, z. T. geschlossen, haben sich von der Liste der weiteren Kämpfe streichen lassen.

Zusammenstöße zwischen Demonstranten und Regimentsfeier-Teilnehmer

(B.Z.) Freiburg i. Br., 25. Juni.

Im Anschluß an eine von den sozialistischen Parteien einberufene Protestversammlung durchzogen keine Truppe die Straßen, wobei es verschiedentlich zu Ausschreitungen kam. Die Demonstrationen erzwangen vielfach die Einziehung der anlässlich eines Regimentsfestes ausgehängten schwarz-weiß-roten Fahnen, die dann zum Teil sofort verbrannt wurden. Bei einem Zusammenstoß zwischen Teilnehmern des Regimentsfestes und Demonstranten kam es zu Mißhandlungen. Ein Teil der Täter konnte verhaftet werden. Sie waren teilweise aus Offenburg und Mannheim zugezogen.

Ausnahmezustand in Thüringen

Das Thüringische Staatsministerium hat dem durch die Ermordung des Außenministers Dr. Rathenau geschaffenen hohen Ernst der politischen Lage entsprechend beschlossen, gemäß Artikel 48 Abs. 4 der Reichsverfassung die Artikel 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 133 der Reichsverfassung bis auf weiteres außer Kraft zu setzen. Der Minister des Innern ist mit der Ausführung dieser Verordnung beauftragt worden.

Das Ausland zu Rathenaus Ermordung

(B.Z.) Paris, 25. Juni.

„Populaire“ meint, man werde in reaktionären Kreisen Frankreichs versuchen, aus dem Ereignis eine Berechtigung für die Vernichtungspolitik der Poincarés und Henry Lafresnes zu suchen. Das wäre ein wagenmütiger Sophismus. Im Gegenteil provoziere, unterhalte und nähre diese Politik das deutsche nationalitätliche Element.

(B.Z.) Rom, 25. Juni

Ein Leitartikel des „Paese“, der die Schuld an Rathenaus Tod den Feinden Deutschlands zuschreibt, schildert Deutschlands materielle und politische Leiden, die Steigerung der Lebenshaltung, die Herausforderung der Polen und Franzosen, die das Nationalgefühl zum Siedepunkt brachten, worauf verarmte, arbeitsscheue Fanatiker ihre eigenen Staatsmänner wegen vorüberlicher Nachgiebigkeit umbrachten, so Erzberger wegen Unterzeichnung des Waffenstillstandes, Rathenau wegen der Erfüllungspolitik. Nur ein oberflächlicher Beobachter erblicke in der Verweissungstakt Revancheleit Deutschlands. Die Einzugschuldigen seien Deutschlands Feinde, die mit die Menschheit entehrender kalter Grausamkeit Deutschland absichtlich zu Verweissungstaten trieben.

(B.Z.) Budapest, 25. Juni.

Die ungarische Presse setzt heute ihre Betrachtungen über Rathenaus Ermordung fort. „Pester Lloyd“ schreibt, der Mord müsse nicht nur Deutschland auf-rütteln, sondern auch in Paris zur Umkehr mahnen, da für ihn auch Tardieu, der Ueberpoincaré und unarmherzige Chauvinist, vor der Weltgeschichte verantwortlich sei.

Lloyd George über Rathenau

(B.Z.) London, 26. Juni

Lloyd George, der eingeladen war, heute nachmittags in der Vatikankapelle in London das Wort zu ergreifen, anerkente sich an der Ermordung Rathenaus in bewegten Worten, wie folgt: Walter Rathenau war einer der fähigsten Männer Europas. Er hat sein Bestes dazugegeben, den Frieden zwischen seinem Lande und den anderen Nationen wiederherzustellen und er ist gerade deshalb von den Chauvinisten geachtet worden. Ich habe die tiefste Abneigung für das Verbrechen, das er beging, und erkläre, der Völkerbund sei kein Heilmittel für alle Leiden der Welt. Er könne verstehen, daß Deutschland dem Völkerbund nicht beitreten wolle. Der Bund kann erst wirklich nutzbringende Arbeiten verrichten, wenn jede beteiligte Nation vom Friedenbuche erfüllt ist.

Verkehrsstreik in Wien. Am Sonnabend sind in Wien sämtliche Verkehrsarbeiter in den Zustand getreten. Auch die Eisenbahn-, Telephon- und Postarbeiter sind in den Zustand getreten. Am Sonntag fanden Versammlungen der streikenden Post-, Telephon-, Eisenbahn- und Telephonbeamten statt, um über ein weiteres Vorgehen schlüssig zu werden.

Zusammenstoß auf dem Wannsee.

Ein schweres Segelbootsunglück ereignete sich am Sonntag in der lebenden Abendstunde auf dem Wannsee bei Gladow. Dort wurde ein Segelboot von einem Sternbooter gerammt. Die drei Insassen des Bootes stürzten ins Wasser. Nur einer von ihnen konnte gerettet werden, die beiden anderen ertranken wenige Minuten nach dem Reichstag übergeführt und dort auf-

Im Anfang war die Tat

„Der Feind steht rechts“

Im Reichstag war am gestrigen Sonntag ein außerordentlicher Tag. Hunderttausende hatten am Vormittag demonstriert gegen den monarchistischen Mordmord, gegen das Bestehen und die Duldung der reaktionären Mörderzentrale, gegen deren Hintermänner und Geldgeber aus den Parteien der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei. Und die Hunderttausende hatten weiter ein energisches Einschreiten der republikanischen Regierung gegen die Feinde der Republik gefordert, wobei sie keinen Zweifel darüber ließen, daß die Arbeiterschaft zur Selbsthilfe schreiten wird, falls die Regierung auch diesmal verlagern sollte, wie sie es bisher stets getan hat.

Welchen Widerhall fand nun diese Kundgebung in der kurz darauf folgenden Tagung des Reichstags, die sich mit der Ausnahmeverordnung des Reichspräsidenten befaßte? Es wurden verschiedene und energische Reden gehalten. Der Rechtssozialist Weis fand scharfe Worte gegen die Deutschnationalen und brandmarkte die Justizschande in Deutschland, für die er Belege erbrachte. Aber schon der nächste Redner, der Blockbruder Marx vom Zentrum, schränkte die von Weis erhobenen Forderungen wesentlich ein und konnte selbst an diesem Tage es nicht unterdrücken, seiner Sehnsucht nach einer Erweiterung der Koalition durch die Deutsche Volkspartei Ausdruck zu geben. Der gleichen Deutschen Volkspartei, deren Fraktionsredner Dr. Heinze zwar den Mord an Rathenau verurteilte, aber die Motive für den Mord nun nicht dort finden will, wo sie zu suchen sind, nämlich in der unverkämten Hege der nationalistischen Organisationen, und der sich ebendort zum warmen Verteidiger der nationalistischen Feiern aufwarf und sich auch in diesem Augenblick als Monarchist bekannte. Und was den Demokrat Petersen sagte, wird am besten gekennzeichnet durch die Tatsache, daß sein Fraktionsgenosse Gehler Reichswehrminister und damit der Chef des geheimen und offenen Treibens der Gegenrevolution ist.

Anders als diese lauen Freunde der Republik unser Genosse Crispian, dem allerdings die Tatsache zu fatten kam, daß unsere Partei auf die Gefahren, in den die Republik schwebt, stets hingewiesen, ein energisches Vorgehen gegen die gegenrevolutionären Mächtschichten und gegen die nationalistischen Mörderorganisationen gefordert und schon beim Erzbergermord einen entsprechenden Gesetzentwurf eingereicht hat. Allerdings wurden bisher, wie Genosse Crispian darlegte, unsere Mahnungen nicht beachtet, sie wurden als Gespensterfurcherlei bezeichnet usw. Nun ein neuer Mord geschehen ist, macht man einen Anlauf. Aber mit Anläufen ist es nicht getan. Im Anfang war die Tat. Und welcher Art die Tat sein muß, legte Genosse Crispian in ebenso eingehender wie energischer Weise dar. Aber er ließ auch die Regierung und die Regierungsparteien nicht im unklaren darüber, daß die Arbeiter sich diesmal nicht erneut enttäuschen lassen, sondern im Falle eines Verlagens der Regierung zur Selbsthilfe schreiten werden.

Herr Reichskanzler Birtz, der unmittelbar nach Gen. Crispian das Wort ergriff, gab im Namen der Regierung die feierliche Versicherung ab, daß diesmal durchgegriffen werden soll. Seine Rede war in dieser Beziehung ganz eindeutig und sein Bekenntnis, daß der Feind, dem der Kampf gilt, rechts steht, ein offenes und ehrliches. Hoffentlich gelingt es Herrn Birtz, die Widerstände zu überwinden, die einer Umkehr seiner Worte in die Tat im Wege stehen.

Der Sitzungsbericht

Sitzung vom Sonntag, den 25. Juni.

Präsident Lohde eröffnet die Sitzung 12 Uhr 45 Minuten. Er stellt fest, daß die Zeitungsnachrichten über den Zwischenfall im Plenarsaal vor Beginn der gestern angefangenen Sitzung teilweise unrichtig und übertrieben seien. Die Abg. von Hoch und Brüninghaus sind wohl an Händen und Kleidern gepackt worden, jedoch nicht geschlagen und verletzt worden. In München wird verbreitet, daß von Hoch halbtot geschlagen sei. Der ganze Vorfall sei durch ein Mißverständnis entstanden.

Genosse Ledebour, der wegen seines Unfalls monatelang den Reichstagsitzungen fernbleiben mußte, nimmt zum ersten Mal wieder an der heutigen Sitzung teil.

Debatte über die Erklärung der Reichsregierung.

Abg. Weis (SPD.): Hesserich hat Freitag von der Tribüne aus zu Hoch und Birtz aufgerufen, und gestern ist schon ein Leben, lothbar für das deutsche Volk, gefüllt worden. Der Jude Walter Rathenau war ein so guter Deutscher, wie nur je einer geboren worden ist und war ein wahrer Christ. Die Deutschnationalen haben niemals eine Grenzlinie gegen die deutschvölkische Bewegung, aus der die Mörder hervorgehen, gemacht, sie sind für sie das schwebende Dach gewesen. Hesserich verlangte den Staatsgerichtshof für die Regierung, und schon war Rathenau niedergestreckt. (Frau Hofmann [Dm.] lächelt orientativ.) Rosas (USP.): Frau Hoffmann lacht, sie hat gestern auch immer gelacht! Stürmische Entrüstung links.)

Hesserich muß endlich aus dem öffentlichen Leben verschwinden.

Am 3. Mai empfing der Bruder des als einer der Mörder Erzbergers schlaggestellten Oberleutnants a. D. Heinrich Tilsen in seiner Wohnung in Frankfurt a. M. einen der neu gewordenen Agenten, um ihn über seine Aufgaben zu informieren. In dieser Instruktion entwickelte Tilsen sein politisches Programm, das in der Wiedererrichtung der Monarchie gipfelte, allerdings ohne Wilhelm II. Um dieses Ziel zu erreichen, sagte er, müsse mit allen Mitteln rücksichtslos vorgegangen werden. Als eines der hauptsächlichsten Mittel bezeichnete er Provokationen, durch welche die Arbeiterschaft zum Generalstreik oder zur allgemeinen Erhebung gereizt würde, wodurch wiederum die Reaktion, zu deren hauptsächlichster Stütze er die Reichswehr rechnete (Stürmische Hört, Hört! links und Rufe: Gehler!), gestärkt werde. Daß die Reaktion die Oberhand behalten würde war für Tilsen selbstverständlich.

Auf die Frage, was er unter Provokationen verstehe, nahm er das Bild seines Bruders Heinrich Tilsen in die

Hand und zeigte es mit den Worten: „Das ist mein Brüderchen, er hat das erste Schwein abgelehrt.“ (Zurufe links.) Der Neugeworbene bekam von Tilsen 2000 M. und ein Billett für den D-Zug nach München. (Hört! Hört! links.) Dort wurde er zwei Tage später dem Kapitänleutnant a. D. Hoffmann vorgeführt, wo sich offenbar die Leitung der Organisation „Consul“ befindet. Dort erhielt der Geworbene weitere 2000 M. Herr Hoffmann erklärte, daß das beste Mittel zur Förderung der Monarchie die Beseitigung hervorragender, links gerichteter Führer sei. (Lebhaftes Hört! Hört!) Nachdem Erzberger erledigt wäre, kämen vielleicht Walther Rathenau und auch Scheidemann in Betracht. (Lebhaftes Hört! Hört! links.) Am 27. Mai erhielt der Geworbene, nachdem er gefragt war, ob er Kassel und Scheidemann kenne, den Auftrag, in Berlin in der Anhalterstraße einen ihm dem Namen nach unbekannt gebliebenen Herrn nach Kassel zu begleiten und ihn dort über die örtlichen Verhältnisse zu unterrichten. (Hört! Hört! links.)

Es besteht für mich kein Zweifel, daß das der Mörder war, der Scheidemann zu besitzeln bestimmt war, und dem die Tat nicht gelang, die Ann der deutschnationalen Presse Gelegenheit zu Hohn und Spott über Scheidemann gab, die in der „Deutschen Tageszeitung“ Herrn Paul Baeder, dem Mitglied der deutschnationalen Fraktion des Landtages, Anlaß zu seinem Artikel gab: „Das Attentat mit der Rüstungspritze.“ Wir fordern die Verfolgung und die Aufhebung

Bezirksverband Berlin-Brandenburg

Heute Montag, abends 7 Uhr, Sitzung des Zentralvorstandes.

Morgen Dienstag, nachmittags 5 Uhr, in der Nykow-Brauerei, Prenzlauer Allee 242, große Funktionärskonferenz. Tagesordnung: Maßnahmen zum Schutze der Republik. Zutritt haben alle Parteien und Gewerkschaftsfunktionäre.

Bezirksleitung der USP, Berlin-Brandenburg.

dieser geheimen Organisationen, rücksichtslose Verhaftung der Verdächtigen, Verbot der Rekrutierungen und Appelle, Verbot der schwarz-weiß-roten Mörderparade in der Organisation der Reichswehr und Reinigung der Schupo von allen reaktionären Elementen.

Abg. Marx (Ztr.): Wir sind in der

Wera der politischen Morde.

Durch diese Tat, die durch irdische Strafe nicht gesühnt werden kann, ist einer der Besten von uns genommen. — Ich teile die Ansicht des Abg. Weis: die einzelnen Auftragsfälle müssen unterucht und die Strafen durch Begnadigung erlassen werden. Der Bestand der Republik ist in Gefahr, die Bevölkerung muß sich jetzt teilen: Die Republikaner, die Andersdenkenden.

Als der Präsident dem Abg. Bergt (Dm.) das Wort erteilt, erhebt sich wiederum ein Sturm der Entrüstung. Die Sozialdemokraten verlassen den Saal. Abg. Ledebour ruft: Wir wollen den Angeklagten hören, um ihm antworten zu können. Ihr dürft nicht heranzugehen. (Lebhaftes Zustimmung links.) Die ganze Rede des Abg. Bergt wird mit lauten Protesten der Linken begleitet. Wir stehen dem Mord mit heftiger Empörung und Entrüstung gegenüber. — (Zuruf: Ihr Deutscher bezahlt die Mörder doch!) Der Wiederaufbau des Reiches ist dadurch in härtester Weise gefährdet. Wir werden kein Mittel unversucht lassen, um den Mörder abzustrafen. (Hier wird der Tumult so groß, daß der Präsident auf die „Haus“-Türse erklärt, er habe die Verpflichtung, jedem Redefreier zu bewahren. Die Deutschnationale Partei erkennt grundsätzlich die Verdrängung zur Ergreifung besonderer Maßnahmen an, durch welche die Staatseinrichtungen vor gewaltsamen Umsturzbestrebungen gesichert werden soll. Durch diese Verordnung aber soll ein Unterschied gemacht werden in der Bevölkerung nach ihrer politischen Anschauung und ihrer Stellung zur Regierung. Das Recht zu solchen Verordnungen hat die Regierung nur gegen diejenigen, die die Umwälzung unserer Staatsform mit verfassungswidrigen Mitteln betreiben. Wer aber zur Erreichung seiner politischen Ziele, wie die Deutschnationale Partei, mit verfassungsmäßigen Mitteln vorgeht, kann verlangen, daß ihm seine Rechte durch die Verfassung gewahrt werden. Der eingeleitete Staatsgerichtshof hat einen politischen Charakter. Diese Verordnung beschränkt den verfassungsmächtigen Staatsbürger in seiner Freiheit. Wir werden sie als mit dem Geist der Verfassung nicht vereinbar beklampfen (Entrüstung links.)

Reichsjustizminister Raddach erklärt, die Verordnung des Reichspräsidenten sei aus einer Notlage erwachsen, die durch Ausschreitungen und Kundgebungen rechtsradikaler Kreise entstanden ist. Jemand, welcher Anlaß zur Befürchtung linksradikaler Ausschreitungen liegt nicht vor. Es würde mit dem Geist des Artikels 48 der Reichsverfassung nicht im Einklang stehen, Maßnahmen gegen solche Eventualfälle zu ergreifen. Die Befürchtungen, daß diese Verordnungen auch nach links angewendet werden können, sind völlig unbegründet. (Lebhaftes Zwischenruf.) Die lange Liste der ungesühnten Verbrechen gegen linksstehende Politiker läßt die von den sozialistischen Parteien längst geforderte Amnestie unerlässlich erscheinen. Das demnach dem Reichstag vorliegende Gesetz zum Schutze der Republik wird die politische Amnestie bringen. Ich gebe der Erwartung Ausdruck, daß sie durch weitgehende Amnestien der Länder ergänzt wird. (Zurufe: Bayern?)

Abg. Crispian (USP.):

Wer dem Abg. Bergt bei seiner Rede ins Gesicht geschaut hat, hat deutlich das Rainzeichen der Mordschuld auf seiner Stirn sehen können. Wir glauben den Deutschnationalen, daß sie sich wohl grundsätzlich mit Ausnahmeverordnungen gegen links einverstanden erklären, wir glauben ihnen, daß ihnen die Art und Weise nicht gefällt, wie die jetzige Verordnung durchgeführt werden soll. Wir wissen auch sehr gut, daß sie die Ausnahmeverordnung nicht so sehr zu fürchten brauchen, solange

Ihre Kreaturen in allen Stellen der Verwaltung

sitzen. Weil wir uns darüber keinen Täuschungen hingeben, haben wir die Pflicht, gerade in dieser Zeit auf dem Posten zu sein. Der gemeinlichste Minister hat nicht zu uns gehört, er kam aus einer anderen Klasse der Gesellschaft, in anderen Ideen aufgewachsen, war politisch unser Gegner. Wir vertreten aber nicht und sprechen es offen aus, daß Rathenau auch als politischer Gegner durchaus unsere Achtung gewonnen hat. Er hat von seinem Standpunkt aus versucht, das Beste im Interesse Deutschlands und des deutschen Volkes zu tun. Wir haben ihn als Mensch und Charakter nur achten gelernt. Dieser Mann ist von feigen Bestien ermordet worden.

Wenn Herr erklärt hat, eine Verhaftung ohne Verhaftung könne nicht bewiesen werden, so ist das nichts als Spiegelfechterei. Die Beweismittel liegen doch überall, man braucht sie nur zusammenzutragen. Ich will nur ein paar Stichproben aus dem umfangreichen Material geben. Der Chefredakteur Paul Baeder von der „Deutschen Tageszeitung“ hat in einer Auslassung gegen den Abgeordneten Scheidemann, der nach dem auf ihn verübten Attentat davon sprach, daß jetzt Zeit wäre, energischer gegen die Reaktion vorzugehen, geschrieben: Wenn jetzt solche weiteren elenden Forderungen erfolgen, wie Herr Scheidemann sie in Kassel beliebt hat, entweder wird dann die deutsche Republik die Versprechungen, die sie hinsichtlich der politischen Freiheit in Deutschland gemacht hat, ehrlich halten oder sie trägt die Bretter zu ihrem eigenen Sarge aufkommen. Nach dieser brutalen Erklärung eines Deutschnationalen gegen die Republik schreibt Herr Baeder gestern abend, daß die Schuldigen an der Mordtat an Rathenau diejenigen sind, die am 9. November die alten Mächte gestürzt haben; die jetzt die Richter spielen, sind die wirklichen Schuldigen. Die „Taal Rundschau“ schreibt heute in einem Leitartikel, daß Herr Hesserich es darauf ankommen lassen wird, ob in diesem Reichstaatsrat sich die Verfassung oder die Kanäle stärker erweisen wird. (Hört, Hört! links.) Der

Freispruch Rilingers ist eine direkte Aufforderung zum Mord.

zu weiteren Gewalttaten, eine Ermunterung, die auf deutschnationales Konto kommt. (Sehr richtig!) Offiziere des Selbstschutzes in Oberschlesien haben erklärt, sobald Oberschlesien geräumt ist, wird die deutsche Republik etwas erfahren. Rathenau ist unmittelbar im Anschluß an die Räumung Oberschlesiens ermordet worden. Die Schlussfolgerung daraus ist, daß jenes Gefindel unter der Maske des Selbstschutzes im übrigen Deutschland jetzt keine ruhige Arbeit fortzusetzen bedenkt. Gestern hatten in Elberfeld, nach Bekanntwerden des Mordes, vor dem Rathaus Hafenkrenzler Sängerkorpses gesungen. (Pst! links.) Am 8. Juli wird in Halle ein Prozeß gegen Mitglieder der USP, SPD, und Gewerkschaften stattfinden. Es hat genügt, diese Leute auf die Anklagebank zu bringen, daß sie den hochgeborenen Herrn Veltom-Vorbeck als Rapprebell benannt haben.

Al das hier angeführte beweist, daß

die deutschnationale Partei eine ausgesprochene Mörderorganisation

ist (Sehr wahr! links). Vizepräsident Nieker fordert den Redner auf, Maßlosigkeiten zu unterlassen. Herr Präsident! Ich spreche sehr maßvoll. Angehört der ungeheuerlichen Tatsache sind meine Worte viel zu schwach, um die Deutschnationalen so zu kennzeichnen, daß sie durch ihre eigene Feilschaft, ihr eigenes Schuldbewußtsein, aus diesem Saal hinausgeschafft werden. (Lebhaftes Zustimmung bei den US.) Jene alte Offizierskaste, der jede Achtung vor Menschlichkeit und Menschenrecht planmäßig ausgetrieben wurde, sucht jetzt andere Betätigungsmöglichkeiten, da die Republik ihnen keine Beschäftigung bietet. Da sie ihre „Feinde“ nicht mehr in Massen morden können, wälten sie mit Mordtaten gegen die eigenen Volksgenossen im eigenen Lande. Diesen Kreisen muß das Handwerk gelegt werden. Rathenau's Worte in seiner Rede in Genau waren: Friede, Friede, Friede! Hesserich rief: Woju Friede, Pst und Pst muß Pst erzeugt werden! Die deutschnationalen Zeitungen sind voller Artikel und Gerüchte gegen Menschen, die vernichtet werden sollen. Durch diese sorgfältigen Mordtaten werden verhängnisvolle Folgen heraufbeschworen, außen und innen, die noch nicht abzusehen sind. All diese Taten kommen nur aus der niedrigen Gefinnung, die sie Tag für Tag betätigen, für die sie arbeiten und Pst einsehen.

Als Wirtz gestern seinem Freunde Rathenau den Nachruf widmete, konnten wir das Gefühl nicht los werden, daß wir eine Stimme aus dem nächsten offenen Grab hörten. Wir sind aber der Meinung, es muß jetzt endlich etwas geschehen, was diesem Treiben ein für allemal ein Ende macht. Die USP hat nicht nur in den letzten Wochen gewarnt und Taten gefordert. Im November 1921, als wir die Regierung und Sozialdemokraten nicht vorantreiben konnten, haben wir selbständig ein Gesetz zum Schutze der Republik eingebracht. Wir haben nach dem Gerede und Erzbergermord die Einheitsfront des Proletariats durchzuführen wollen, den großen Worten der Sozialdemokraten damals ist keine Tat gefolgt. (Sehr richtig! bei den US.) Die „Freiheit“ hat am 16. und 22. Juni Veröffentlichungen über beachtliche neue Mordtaten der Rechten gebracht. Wir haben im Reichstag die sofortige Befreiung der Interpellationen gegen die monarchistischen Treiberer gefordert. Sie haben unsere Stimme nicht hören wollen. So sehr wir die menschliche Empörung und Entrüstung beklampfen, wollen wir doch nicht in dieser Entrüstung unsere Energie erschöpfen, sondern wir wollen in dieser kritischen Zeit fühle politische Maßnahmen erwägen und durchzuführen.

Wir können uns mit dem Gedanken einer Ausnahmeverordnung nur abfinden, weil keine andere Möglichkeit gegeben ist, wenn sofort etwas geschehen soll. Sie darf aber nur für die ganz kurzen Tage bestimmt sein, bis gesetzliche Maßnahmen getroffen sind. Wir erklären in der Ausnahmeverordnung nur eine Notwehr und halten gesetzliche Maßnahmen für unerlässlich. Bei den Maßnahmen kommt es einmal auf die Formulierung und dann auf die Durchführung an. Wir fordern, daß von dieser Ausnahmeverordnung nur die monarchistische Reaktion betroffen werde und keiner diese Verordnung gegen links mißbrauchen kann, daß sie nicht angewendet werden kann gegen Arbeiterorganisationen die sich den Monarchisten unter Einwirkung ihrer Perion entgegenwerfen. Der Unterschied zwischen den Heiden auf der Rechten und uns ist ja, daß sie nur Mordmorde verüben können, deren Deckungsmaßnahmen vorher sorgfältig vorbereitet sind, da sie zu feige sind, einem Gegner Stirn gegen Stirn entgegenzutreten, während die Arbeitervertreter sich mit ihrer Person einsehen, nicht, weil sie in der demokratischen Republik das letzte ihrer Ziele erblicken, sondern weil die Republik gegenüber der Monarchie verteidigt werden muß, weil sie uns neue Bahnen für den Kampf um den Sozialismus eröffnet. Wir begrüßen die Ankündigung einer Amnestie aber wünschen, daß sie so durchgeführt wird, daß sie für alle Länder gilt, daß

vor allen Dingen in Bayern alle Arbeiterbrüder freikommen.

Wir haben härteste Bedenken dagegen, daß die Exekutivmaßnahmen in die Länder verlegt ist nicht beim Reich bleibt. In Bayern wird man sich doch verdammt wenig um diese Verordnung kümmern. Die Zusammensetzung des Staatsgerichtshofes, in der vier Seiten sein sollen, fordert unseren Widerspruch heraus. Um ein Urteil zu sprechen, bedarf es einer Zweidrittelmehrheit, die vier sind also machtlos, sind eine Dekoration wenn die Richter eine Beurteilung nicht wollen. Und woher wollen Sie für mehrere Staatsgerichtshöfe Richter vom Reichsgericht nehmen, die unerlässlich republikanisch gesinnt sind? Man soll mit dem Pst des Vertrauens, das im Proletariat vorhanden ist, nicht leichtfertig umgehen und

die Arbeiter nicht wieder enttäuschen.

Ein paar Worte zu der Ausführung dieser Verordnung. Die besten Absichten werden von dem Verwaltungsapparat durchkreuzt, werden von der reaktionären Bürokratie, von

